

**STADT SÜßEN**

**BEBAUUNGSPLAN UND  
ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN**

# **„STIEGELWIESEN-FILSBOGEN - TEILBEREICH KINDERHAUS“**

**VOM 19.09.2011**

**im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB**

## **BEGRÜNDUNG**

### **Inhaltsverzeichnis**

- 1 Erfordernis der Planaufstellung
- 2 Einfügung in bestehende Rechtsverhältnisse
- 3 Bestand und Konzeption
- 4 Planerisches Konzept
- 5 Ver- und Entsorgung
- 6 § 13 a BauGB – Umweltbericht, Eingriff/Ausgleich
- 7 Baugrunderkundung
- 8 Schalltechnische Betrachtung
- 9 Begründung zu den planungsrechtlichen Festsetzungen
- 10 Begründung zu den örtlichen Bauvorschriften
- 11 Auswirkungen des Bebauungsplanes
- 12 Kosten, Planverwirklichung

# 1

## Erfordernis der Planaufstellung

Im Rahmen des Kinderbetreuungskonzeptes in der Stadt Süßen werden dringend weitere Plätze für Kinder in einem Kinderhaus benötigt.

Das Plangebiet bietet sich hierfür an, die Fläche am Filsbogen ist bereits im rechtsverbindlichen Bebauungsplan als Spielplatz ausgewiesen und durch den Akazienweg erschlossen.

Die Stadt Süßen hat daher am 10.05.2010 beschlossen, den Bebauungsplan "Stiegelwiesen-Filsbogen - Teilbereich Kinderhaus" aufzustellen. Das Plangebiet hat eine Größe von ca. 0,46 ha.

Da mit der Aufstellung des Bebauungsplanes eine Nachverdichtung im Innenbereich erzielt werden soll, sind die Voraussetzungen des **beschleunigten Verfahrens gem. § 13 a BauGB** erfüllt. Es handelt sich um einen **Bebauungsplan der Innenentwicklung**, von der Erstellung eines Umweltberichtes und einer Eingriffs-/Ausgleichsuntersuchung wird demnach abgesehen. Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe b) BauGB genannten Schutzgüter bestehen nicht. Durch den Bebauungsplan soll die Wiedernutzbarmachung von Flächen innerhalb der bebauten Ortslage vorbereitet werden. Der Bebauungsplan dient somit der Versorgung der Bevölkerung mit Flächen für den Gemeinbedarf.

Die Stadt Süßen wollte die Öffentlichkeit möglichst frühzeitig an der Planung beteiligen, um eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung zu erzielen. Daher wurden eine **frühzeitige Beteiligung** der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie eine **frühzeitige Beteiligung der Behörden** nach § 4 Abs. 1 BauGB zusätzlich zum beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB durchgeführt.

# 2

## Einfügung in bestehende Rechtsverhältnisse

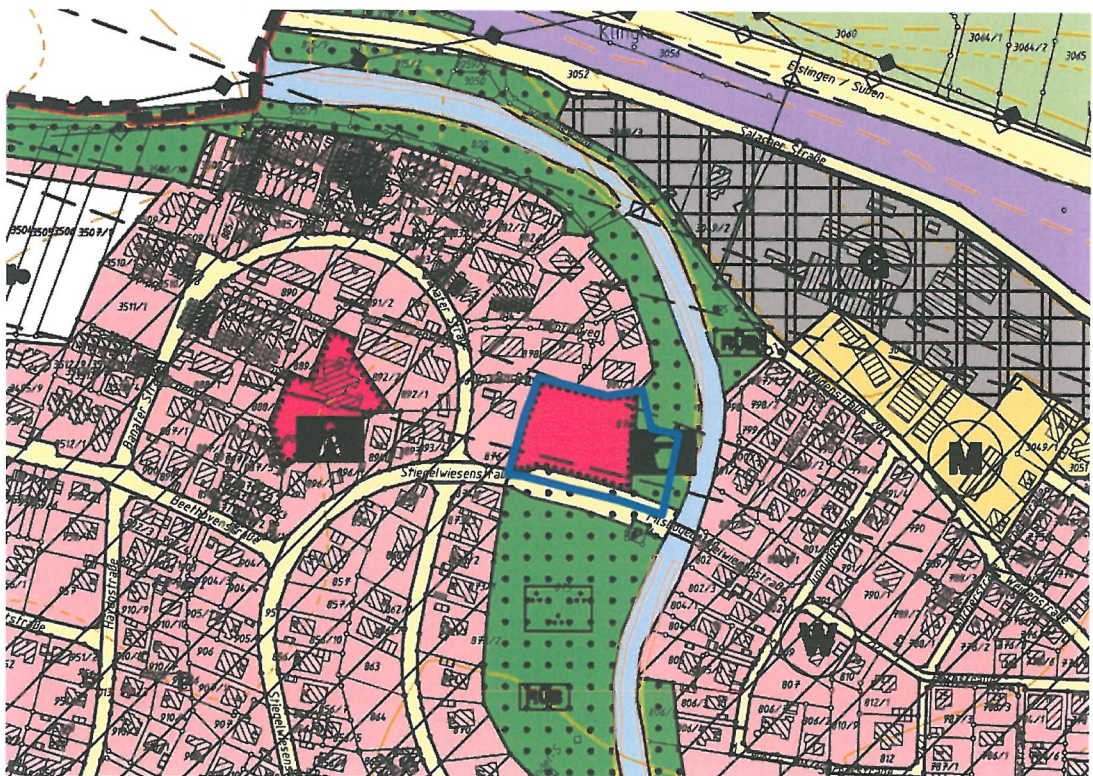
Im derzeit gültigen Flächennutzungsplan des Gemeindeverwaltungsverbandes „Mittlere Fils – Lautertal“ (bestehend aus den Städten Donzdorf, Süßen, Lauterstein und der Gemeinde Gingen a.d.F.) vom 21.09.1984 ist das Planungsgebiet als öffentliche Grünfläche ausgewiesen. Somit ist die Entwicklung des Plangebietes aus dem Flächennutzungsplan gemäß § 8 Abs. 2 BauGB **nicht** gegeben.

Derzeit befindet sich die Fortschreibung des Flächennutzungsplans im Verfahren. Im Entwurf des Flächennutzungsplan 2020 des Gemeindeverwaltungsverband Mittlere Fils - Lautertal ist das Plangebiet als Gemeinbedarfsfläche sowie öffentliche Grünfläche ausgewiesen. Eine Entwicklung des Plangebietes aus dem Flächennutzungsplan wird somit künftig gegeben sein.

Eine vorzeitige Änderung des Flächennutzungsplanes ist nicht notwendig, da **der Flächennutzungsplan** gem. § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB **im Wege der Berichtigung angepasst wird**.

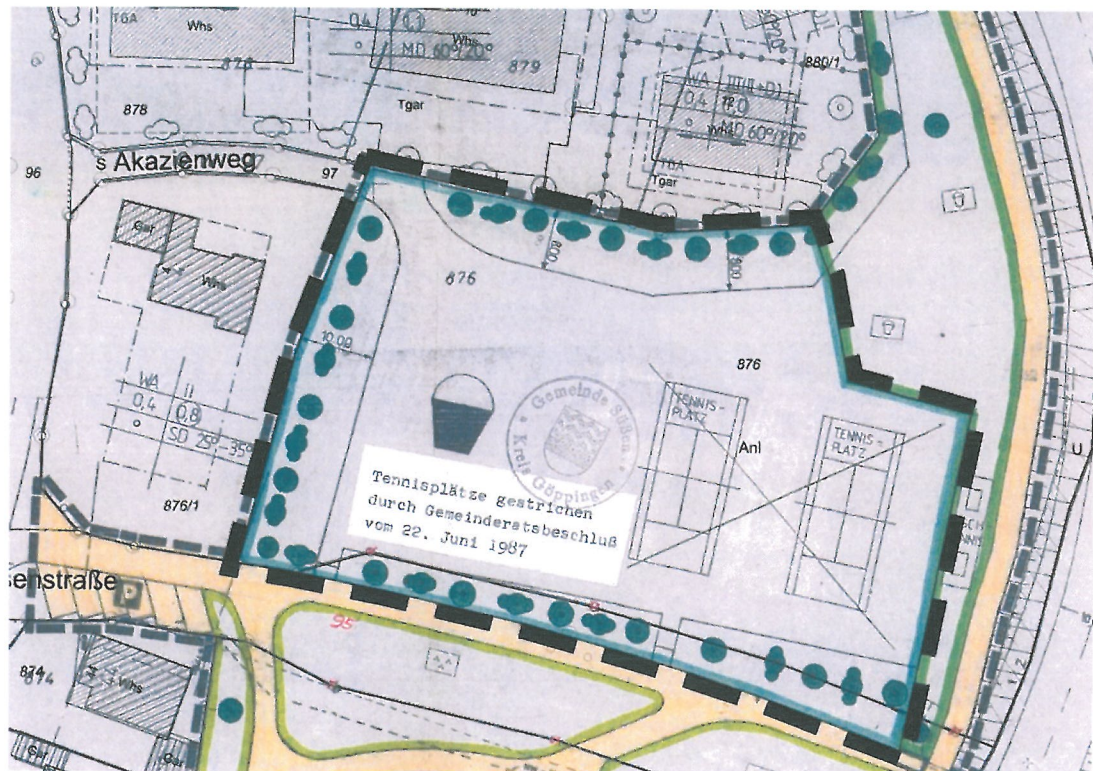


**Abbildung 1:** Auszug aus dem rechtsverbindlichen Flächennutzungsplan vom 21.09.1984



**Abbildung 2:** Auszug aus dem Entwurf des Flächennutzungsplans 2020 vom 10.03.2010

Für den Planbereich existiert der rechtsverbindliche Bebauungsplan „Änderung Stiegelwiesen-Filsbogen“ in Kraft getreten am 06.08.1987. Der Bebauungsplan setzt für dieses Gebiet eine öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung Spielplatz fest.



**Abbildung 3:** Rechtsverbindlicher Bebauungsplan "Änderung Stiegelwiesen-Filsbogen", in Kraft getreten am 06.08.1987

### 3 Bestand und Konzeption

#### Lage im Siedlungsraum

Die Stadt Süßen liegt im Landkreis Göppingen, Region Mittlerer Neckar. Die Gesamtgemarkungsgrenze umfasst ca. 1200 ha und hat ca. 10.000 Einwohner.

Süßen ist im Regionalplan der Region Stuttgart von 1998 als Siedlungsbereich an der überregional bedeutsamen Entwicklungsachse Stuttgart – Esslingen – Plochingen – Göppingen – Geislingen a.d.Steige (- Ulm / Neu-Ulm) ausgewiesen. Die Stadt ist Standort vielfältiger Gewerbebetriebe sowie Dienstleistungsbetriebe mit einem auch für das Umland bedeutenden Arbeitsplatzangebot. Süßen liegt verkehrsgünstig an der B 10 und B 466 zwischen Ulm und Stuttgart.

#### Topographie und bestehende Nutzung

Das überplante Gebiet kann als eben bezeichnet werden; es müssen bei der Planung keine topografischen Besonderheiten berücksichtigt werden.

Das Plangebiet ist bis auf die Randeingrünung vollständig mit einer Asphaltdecke versiegelt.

Im Norden und Westen des Plangebietes grenzt eine bestehende Wohnbebauung an, im Süden und Osten eine parkähnliche Grünfläche.



**Abbildung 4:** Luftbild

#### **Geltungsbereich**

Im Einzelnen umfasst das Plangebiet folgende Flurstücke, die sich teilweise innerhalb der Abgrenzung befinden: 95 (Stiegelwiesenstraße) und 876.

Maßgeblich für die Abgrenzung ist der zeichnerische Teil des Bebauungsplanes.

## **4 Planerisches Konzept**

Das Baukonzept wurde im Rahmen einer Mehrfachbeauftragung zum Kinderhaus entwickelt, das beste Ergebnis dieser Mehrfachbeauftragung dient nun als Grundlage für den Bebauungsplanentwurf.

Das Kinderhaus wurde als nicht unterkellertes, 2-geschossiges Flachdachgebäude in Passivbauweise mit insgesamt fünf Gruppenräumen geplant. Der Haupteingang befindet sich im Südwesten des Gebäudes. Auf dieser Westseite sind auch die Parkplätze vorgesehen. Der Freibereich des Kinderhauses orientiert sich Richtung Osten zur Fils.



Das Gebiet ist über den bestehenden Akazienweg sowie über die Stiegelwiesenstraße erschlossen. Die Schmutzwasserentwässerung des Baugebietes erfolgt über die bestehende Mischwasserkanalisation in der Banater Straße. Das Dach- und Oberflächenwasser sowie das Oberflächenwasser der Grundstückszufahrt und der Stellplätze von PKW wird über Retentionsflächen versickert. Die Versickerung erfolgt über eine mindestens 30 cm tiefe bewachsene Bodenschicht mit einem Grundwasserflurabstand von mindestens 1,0 m. Das Dachflächenwasser von intensiv begrünten Dachflächen wird ebenfalls über Retentionsflächen oder über unterirdische Rigolen versickert.

## 6

### § 13 a BauGB – Umweltbericht, Eingriff/Ausgleich

Das Verfahren nach § 13 a BauGB kann auch zur Änderung bestehender Bebauungspläne angewandt werden, sofern die Änderung für die Wiedernutzbarmachung von Flächen, einer Nachverdichtung oder anderen Maßnahme der Innenentwicklung dient, wie die durch den vorliegenden Bebauungsplan verfolgten Planungsziele: Errichtung eines Kinderhauses.

Das Gebiet hat eine Gesamtgröße von ca. 0,46 ha, damit liegt die überbaubare Grundstücksfläche deutlich unter dem Schwellenwert von 20 000 m<sup>2</sup>, der eine überschlägige Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 2 des BauGB genannten Kriterien erforderlich macht. Auch werden keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der Erhaltungsziele und des Schutzzwecks von Gebieten gemeinschaftlicher Bedeutung und der Europäischen Vogelschutzgebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes erkannt.

Die Schutzgüter Boden, Wasser, Klima, Luft, Arten und Biotope werden durch die Nachverdichtung nur bedingt stärker als bisher belastet. Das Plangebiet ist im Bestand fast vollständig mit einer Asphaltdecke versiegelt, daher ist davon auszugehen, dass der Eingriff in Boden und den Naturhaushalt nach Umsetzung des Bauvorhabens verringert wird. Zudem bleiben durch die Nachverdichtung Flächen außerhalb des Ortsgefüges, dem so genannten Außenbereich, unangetastet. Das Siedlungs- und Landschaftsbild wird nur geringfügig geändert, die bestehende Bebauung wird abgerundet.

Aus den oben genannten Gründen wird gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB von einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB und dem Umweltbericht nach § 2a BauGB abgesehen. Ebenso kann verzichtet werden auf die Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, von der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB sowie auf das Monitoring nach § 4c BauGB.

Gleichermaßen muss im Zuge des beschleunigten Verfahrens gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 4 BauGB auch keine naturschutzrechtliche Eingriffsregelung nach § 1 a Abs. 3 BauGB vollzogen werden.

## 7

### Baugrunderkundung

Im Rahmen der Planungen zum Bauvorhaben wurde im Dezember 2010 von der Ingenieurgesellschaft VTG Straub, Donzdorf eine Baugrunderkundung durchgeführt. Diese ist der Anlage zum Bebauungsplan zu entnehmen.

Eine kurze zusammenfassende Darstellung der wesentlichen Aussagen erfolgt nachstehend:

#### Geologische Verhältnisse

In den Schürfgruben wurde eine ca. 2 – 3 cm dünne **Asphaltschicht** (Spritzasphalt) und bis in ca. 0,2 – 0,3 m Tiefe eine **Schottertragschicht** aus lehmarmem Schotter festgestellt.

Unerwartet wurde in allen Schürfgruben unterhalb der Tragschicht künstliche **Auffüllung** angetroffen. Es handelt sich überwiegend um Bodenaushub mit vereinzeltem Bauschuttanteil (Ziegelstücke) und sehr geringem Müllanteil (ca. 1 %). Die künstliche Auffüllung wurde bis in ca. 1,4 – 2,4 m Tiefe festgestellt und war bislang nicht bekannt. Hingegen befindet sich auf dem südlich benachbarten Flurstück Nr.

875 eine amtlich registrierte Altablagerung (AA Stiegelwiesen, Objekt-Nr. 01023, 'Historische Erhebung'). Es handelt sich hierbei um eine Geländeverfüllung, die im Zeitraum ca. 1960 - 1970 mit Bodenaushub und Bauschutt verfüllt wurde. Vermutlich handelt es sich um eine Niederterrasse der Fils, die großräumig verfüllt wurde. Unterhalb der Auffüllung wurde im nördlichen Bereich **Auelehm** angetroffen. Teilweise wurde über dem Auelehm noch eine ehemalige Mutterbodenschicht festgestellt. Ab ca. 2,4 – 2,6 m Tiefe (im Mittel ca. 354,9 m NN) wurde sandiger, schwach schluffiger **Kies** angetroffen ('Leberkies').

#### **Hydrogeologische Verhältnisse:**

Die durchgeführten Erkundungstiefen reichten nicht bis in das Grundwasser. Dem Gutachter lag jedoch ein Grundwassergleichenplan von 1989 (Ingenieurbüro für Geotechnik Aalen) sowie damalige Bohrprofile vor. Es wurden maximale Grundwasserstände von ca. 3,5 – 4 m unter Gelände gemessen, was interpoliert auf den Standort des geplanten Kinderhauses ca. 353,9 m ü.NN entspricht. Es sind jedoch die Extremverhältnisse maßgeblich. Bei Hochwasser der Fils gleicht sich der Grundwasserstand aufgrund der Aquiferdurchlässigkeit und der Gewässernähe relativ rasch an den Wasserstand der Fils an. Ein HQ100 wurde vom Landratsamt Göppingen mit 357,00 m NN angegeben.

Der Bemessungswasserstand ist somit bei 357,0 m NN anzusetzen, die EFH des Kinderhauses wurde deshalb bei 358,00 m NN angesetzt.

#### **Versickerung:**

Die Auffüllung und der Auelehm sind sehr gering durchlässig und für eine Versickerung nicht geeignet. Die Versickerungsfähigkeit des unterlagernden Kiesel ist jedoch sehr gut. Falls Versickerungsanlagen für Niederschlagswasser eingerichtet werden sollen, ist eine Verbindung zum gut durchlässigen Kies zu schaffen.

#### **Altlasten**

Auf dem südlich benachbarten Flurstück Nr. 875 befindet sich eine amtlich registrierte Altablagerung (AA Stiegelwiesen, Objekt-Nr. 01023). Es handelt sich hierbei um eine Geländeverfüllung, die im Zeitraum ca. 1960-1970 mit Bodenaushub und Bauschutt verfüllt wurde. Vermutlich handelt es sich um eine Niederterrasse der Fils, die großräumig verfüllt wurde.

Die künstliche Auffüllung auf dem Gelände des Bauvorhabens war bislang nicht bekannt. Wie oben beschrieben, handelt es sich um eine großflächig verfüllte Fläche mit bis zu ca. 2,5 m mächtiger künstlicher Auffüllung. Diese wurde überwiegend mit Bodenaushub mit vereinzelt Bauschuttanteil (Ziegelstücke) und sehr geringem Müllanteil (ca. 1 %) aufgefüllt.

Die untersuchten Bodenmischprobe zeigten bei den untersuchten Schadstoffparametern PAK, KW, Cyanide und Schwermetalle keine Auffälligkeiten, bzw leicht erhöhte Werte bei den Proben der dünnen, dunkelgrau verfärbten Bodenschicht. KW (Mineralöl-Kohlenwasserstoffe) und Cyanide konnten in keiner der Proben nachgewiesen werden. Die Prüfwerte der Bundesbodenschutzverordnung (BBodSchV) für Kinderspielflächen werden von beiden Proben eingehalten. Ein Wiedereinbau des leicht belasteten Bodens ist in der Regel nur unter versiegelten Bereichen möglich. Aufgrund der Inhomogenität von Auffüllungen kann der Müllanteil und die Schadstoffbelastung von den oben genannten Werten abweichen. Das Ergebnis zeigt, dass beim Aushub eine Separierung der auffälligen Schichten und Bereiche erforderlich ist. Ob dieser Boden in tieferen Schichten am Standort wieder eingebaut werden kann, muss mit den Behörden geklärt werden. Boden mit auffälligen Müllanteilen ist zu separieren und zu entsorgen. Der unauffällige Lehm kann wieder eingebaut werden. Aus Vorsorgegründen sollte bei der Geländeverfüllung der Kinderspielflächen der ausgehobene Boden nur in der untersten Schicht aufgebracht werden. Mindestens die obersten 0,3 m sind mit anzufahrendem, un-

verdächtigem und geprüftem Boden aufzufüllen. Die Vorgehensweise ist jedoch mit dem Landratsamt abzustimmen.

*(siehe Anlage zum Bebauungsplan: Baugrunderkundung Neubau Kinderhaus, Stiegelwiesen, Süßen, VTG Straub Ingenieurgesellschaft mbH, Donzdorf, Dezember 2010)*

## 8 Schalltechnische Betrachtung

Die vom Kinderhaus abgestrahlten Geräusche gelten als „sozialadäquat“, auf die Erstellung einer schalltechnischen Untersuchung wird daher verzichtet. Zudem orientiert sich der Freibereich des Kinderhauses nach Osten, bzw. Südosten, die angrenzenden bestehenden Wohngebäude auf der Nord und der Westseite des Kinderhauses befinden sich somit auf der lärmabgewandten Gebäudeseite, so dass eine Beeinträchtigung der gesunden Wohnverhältnisse nicht gesehen wird.

## 9 Begründung zu den planungsrechtlichen Festsetzungen

### A1 Maß der baulichen Nutzung

Das Maß der baulichen Nutzung wurde abgeleitet aus der angrenzend vorhandenen räumlichen und baulichen Struktur des Ortes sowie der gewünschten baulichen Struktur in diesem Bereich. Die Festsetzungen sind an das geplante Bauvorhaben angepasst.

### A2 Bauweise

Die Festsetzung ist sehr offen gehalten, um einen möglichst großen Spielraum beim Neubau des Kinderhauses zu ermöglichen.

### A3 Überbaubare Grundstücksflächen

Die überbaubare Grundstücksfläche im Bereich der Gemeinbedarfsfläche ist ausreichend groß festgesetzt, um das anstehende Bauvorhaben realisieren zu können. Dabei werden die angrenzende Wohnbebauung sowie die bestehende Begrünung berücksichtigt.

### A4 Offene Stellplätze, überdachte Stellplätze (Carports) und Garagen

Die Festsetzung soll die Stellplatzversorgung auf dem Grundstück in ausreichender Form gewährleisten.

### A5 Nebenanlagen

Die Festsetzung wurde sehr offen und großzügig gehalten um einen möglichst großen Spielraum beim Neubau des Kinderhauses und den benötigten untergeordneten Nebenanlagen zu ermöglichen.

## **A6 Flächen für den Gemeinbedarf**

Die ausgewiesene Fläche soll für die zukünftige Entwicklung der Stadt Süßen im Bereich des Gemeinbedarfs, insbesondere für die Zweckbestimmung Kindertagesstätte und einer späteren Ergänzung/Erweiterungsmöglichkeit für sozialen Zwecken dienende Einrichtungen zur Verfügung stehen.

## **A7 Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft**

### **A 7.1 Dezentrale Beseitigung von Niederschlagswasser/Dachdeckung**

Das Wassergesetz Baden-Württemberg beinhaltet die Forderung, dass in geeigneten Fällen das Niederschlagswasser am Ort des Entstehens zu versickern oder in ein ortsnahes Gewässer einzuleiten ist. Um dieser gesetzlichen Bestimmung gerecht zu werden, wurde die Festsetzung in den Bebauungsplan aufgenommen, das Niederschlagswasser der Dachflächen zu sammeln und zu versickern. Die genannten Dachdeckungen werden ausgeschlossen, um eine Verunreinigung des versickernden Regenwassers auszuschließen.

### **A 7.2 Oberflächenbelag Stellplätze**

Der Einsatz von wasserdurchlässigen Belägen für offene Stellplätze hat ebenfalls ökologische Gründe. So kann das Regenwasser hier direkt versickern und zur Grundwasserneubildung beitragen.

### **A 7.3 Begrünung der Dächer von Hauptgebäuden und Garagen**

Die Wärmespeicherung des Substrates verzögert Temperaturschwankungen. Es verhindert somit ein schnelles Aufheizen der Dachflächen am Tag und verringert die nächtliche Wärmeabstrahlung. Begrünte Dächer speichern Niederschlagswasser, bringen einen Teil davon durch Verdunstung vorzeitig in den atmosphärischen Wasserkreislauf zurück und lassen das Überschusswasser erst zeitverzögert in die Kanalisation abfließen.

Begrünte Dächer speichern Niederschlagswasser, bringen einen Teil davon durch Verdunstung vorzeitig in den atmosphärischen Wasserkreislauf zurück und verzögern Temperaturschwankungen.

### **A 7.4 Fachgerechte Entsiegelung und Begrünung der unbebauten Fläche**

Mit der Festsetzung soll sichergestellt werden, dass ein Direktkontakt der Kleinkinder mit dem Boden gefahrlos möglich ist, da bekanntermaßen Kleinkinder oft Erde in den Mund nehmen.

## **A8 Anpflanzungen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen und Bindungen für Bepflanzungen und Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern**

### **A 8.1 Pflanzzwang**

Die Pflanzzwänge dienen allgemein der Minimierung der Flächenversiegelung und garantieren somit die Grundwasserneubildung. Gleichzeitig dienen sie dem Klimaschutz und der Gestaltung des Gebietes.

#### **Pflanzzwang – Einzelbäume**

Die Pflanzfestsetzungen dienen zum einen dem positiven städtebaulichen Erscheinungsbild des neuen Baugebietes und zum anderen der Auflockerung der Bebauung, Anknüpfung an bestehende Begrünung und der Minimierung des Eingriffs in den Naturhaushalt.

Neben einer Verbesserung des Kleinklimas bewirken diese Bäume eine Reduzierung der Lärmimmission und tragen zur Sauerstoffproduktion bei.

#### **Pflanzzwang pz – Eingrünung Hecke**

Mit dieser Festsetzung soll ein dichter Gehölzstreifen zur Abgrenzung der geplanten Stellplätze zur angrenzenden Wohnbebauung entstehen.

Mit der Anlage der Grünstrukturen entstehen darüber hinaus Schutz-, Nahrungs- und Nistmöglichkeiten für Vögel, Kleinsäuger und Insekten.

### **A 8.2 Pflanzbindung**

#### **Pflanzbindung – Einzelbäume**

Ein neu gepflanzter Baum benötigt viele Jahre, um eine Krone zu entwickeln, die die angestrebten Funktionen Klimaregulierung, Staubbindung, Verringerung des Wasserabflusses und Lebensraum für Vögel und Insekten erfüllt. Die im zeichnerischen Teil gekennzeichneten Einzelbäume sollen zur Erfüllung dieser Aufgabe und aufgrund ihrer hohen ökologischen Wertigkeit geschützt und erhalten werden.

## **10 Begründung zu den örtlichen Bauvorschriften**

### **B1 Äußere Gestaltung der baulichen Anlagen**

Eine Dachform wird nicht festgesetzt, auch der Dachneigungsbereich ist sehr weit gefasst, um einen möglichst großen Spielraum beim Neubau des Kinderhauses zu ermöglichen.

Die mögliche Begrünung der Dächer der Hauptgebäude und der Garagenbauten sind aus ökologischen und gestalterischen Gründen sinnvoll.

Auch die Fassadengestaltung prägt das städtebauliche Erscheinungsbild. Bei der Auswahl wurde darauf geachtet, dass nur Materialien festgesetzt werden, die für die Region typisch sind.

## **B2 Anlagen zum Sammeln, Verwenden oder Versickern von Niederschlagswasser**

Das anfallende Dach- und Oberflächenwasser sowie das Oberflächenwasser der Grundstückszufahrt und der Stellplätze von PKW soll in Retentionsflächen eingeleitet und dort versickert werden. Auch das Dachflächenwasser von begrünten Dachflächen soll entweder über die Retentionsflächen oder über unterirdische Rigen versickert werden. Die Versickerung des Regenwassers trägt zur Grundwasserneubildung bei.

## **11 Auswirkungen des Bebauungsplanes**

Durch die vorliegende Bebauungsplanänderung wird der rechtsverbindliche Bebauungsplan für diesen Planbereich geändert.

Sämtliche innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes bisher bestehenden planungs- und bauordnungsrechtlichen Festsetzungen sowie frühere baupolizeiliche Vorschriften werden aufgehoben.

## **12 Kosten, Planverwirklichung**

Das Grundstück ist durch den Akazienweg sowie die Stiegelwiesenstraße bereits erschlossen. Die Entwässerung erfolgt über den bestehenden Mischwasserkanal in der Banater Straße / Stiegelwiesenstraße, welcher lediglich bis zur Zufahrt des Grundstücks verlängert werden muss. Außer diesem neu herzustellenden Kanalanschluss fallen keine weiteren Erschließungskosten an.

Süßen, den 20.09.2011

  
.....  
Marc Kersting, Bürgermeister

